



1 - Zentrale Aufgaben und Finanzen
16.04.2010
Az.: 1-002-13/vm

Alzey, den

N i e d e r s c h r i f t

Nr. der Sitzung: **4**

Wahlperiode: **2009 - 2014**

Gremium: **Kreistag**

Öffentlich/Nichtöffentlich

Sitzungsdatum: **15.12.2009**

Uhrzeit: **15.05 – 17.05 Uhr**

Sitzungsort: **Kreisverwaltung, Sitzungsräume 119/120**

Anwesenheitsliste

Vorsitzender			
Landrat Görisch			
Kreisbeigeordnete	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
Seebald, Gerhard, Wörrstadt	1-6		
Mehring, Klaus, Osthofen	1-6		
Erbes, Heribert, Spiesheim	1-6		
Mitglieder des Kreistages	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
SPD-Fraktion			
Anklam-Trapp, Kathrin, MdL, Monsheim	1-6		
Beiser-Hübner, Ute, Flonheim	1-6		
Bothe, Ralph, Flörsheim-Dalsheim	1 (v. B./bis 16 Uhr)		
Dexheimer, Jutta, Flonheim	1-6		
Hagemann, Klaus, MdB, Osthofen		X	
Kiefer, Gerhard, Eich	1-6		
Kleinfelder, Ingo, Wörrstadt		X	
Lenges, Franz-Josef, Eckelsheim	1-6		
Müller, Bernd, Osthofen	1-6		
Piegacki, Hans-Jürgen, Wöllstein	1-4 (bis 16.55 Uhr)		
Rocker, Gerd, Wendelsheim	1-6		
Sippel, Heiko, MdL, Alzey	1-6		
Sommer-Kundel, Nicole, Alzey	1-6 (ab 15.20 Uhr)		
Steinmann, Werner, Alzey	1-6		
Westphal, Bernd, Gau-Odernheim	1-6		
Willius, Klaus, Eich	1-6		
CDU-Fraktion			
Blüm, Gerhard, Gundheim	1-6		
Burkhard, Christoph, Alzey	1-6		
Conrad, Markus, Armsheim	1-6		
Hirschel-Urnauer, Irmgard	1-6		
Hoffmann, Wolfgang, Alsheim		X	
Knierim, Hans-Peter, Osthofen	1-6		
Metzler, Jan, Dittelsheim-Heßloch	1-6		
Müller, Christine, Eich	1-6		
Müller, Lucia, Wöllstein	1 (v. B./bis 16.30 Uhr)		
Pauser, Eva, Flonheim	1-6		
Schnabel, Heinz-Hermann, MdL, Erbes-Büdesch.	1-4 (bis 16.55 Uhr)		
Spies, Karl, Saulheim	1-6		
Tauscher, Dr. Ludwig, Alzey	1-6		
Wagner, Walter, Westhofen	1-6		

Fortsetzung Mitglieder des Kreistages	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
FDP-Fraktion			
Geil, Heinz-Ulrich, Monzernheim	1-6		
Lind, Ulrich, Gau-Odernheim	1-6		
Maak, Dr. Dirk, Wöllstein	1-6		
Merkel, Klaus, Alsheim	1-6		
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen			
Becker, Klaus, Bornheim	1-6		
Gülcehre, Kemal, Alzey	1-6		
Kolb-Noack, Elisabeth, Dittelsheim-Heßloch	1-6		
Thörle, Birgit, Saulheim	1-6		
FWG-Fraktion			
Busch, Wilfried, Kettenheim	1-6		
Erbeldinger, Helmut, Dittelsheim-Heßloch		X	
Hinkel, Manfred, Alzey	1-6		
Klenk-Kaufmann, Ute, Eppelsheim	1-6		
Schnitzspan, Hildegard, Alzey	1-6		
Schwehm, Wolfgang, Alzey	1-6		
Die Linke			
Heimann, Hanno David, Monsheim	1-6		
NPD			
Acker, Klaus, Bechthelm	1-6		

Kreisverwaltung	
Reg. Dir. Linkerhäger	OAR Wachowski
KVDin Emrich	OAR Loos
Bau. Dir. Dr. Schmitt	ARin Bieser
KVR Kauff	AR Jung
SozOAR Herz	KOI Michel
OAR Dittmann	VA Bauer
OAR Rauschkolb	VA Stier

Gäste

Schriftführerin KHS Marx

v. B. = vor Beschlussfassung

Landrat Görisch eröffnete die Sitzung um 15.05 Uhr, begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße Einberufung mit Einladung vom 03.12.2009, die öffentliche Bekanntmachung der Sitzung am 08.12.2009 sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Sodann machte er auf die per Tischvorlage überlassenen Unterlagen aufmerksam:

- Ordner „Haushaltsentwurf 2010“
- Heimatjahrbuch 2010
- Broschüre über die Kursangebote 2010 der Kommunalakademie
- Übersicht über die Sitzungstermine 2010

Änderungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Somit geltende

T a g e s o r d n u n g

<u>TOP</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Drucksachen-</u> <u>nummer</u>
 <u>Öffentlicher Teil</u>		
-	Einwohnerfragestunde	
1	Haushaltssatzung/Haushaltsplan, Haushaltsjahr 2010 - Beschlussfassung	235/2009/1
2	Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes, Wirtschaftsjahr 2010 - Beschlussfassung	221/2009/2
3	Prüfung der Jahresabschlüsse für die Wirtschaftsjahre 2010 bis 2014 des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Alzey-Worms Auftragserteilung - Beschlussfassung	228/2009/1
4	Mitteilungen und Anfragen	
 <u>Nichtöffentlicher Teil</u>		
5	Verfügung über Kreisvermögen	
6	Mitteilungen und Anfragen	

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

Tagesordnungspunkt: 1

Drucksachenummer: 235/2009/1

Tagesordnungspunkt: 2

Drucksachenummer: 221/2009/2

Vor Eintritt in die Beratung der Tagesordnungspunkte 1 und 2 bat der Landrat den Kreistag um sein Einverständnis, die zur Rede stehenden Tagesordnungspunkte wegen ihres engen Zusammenhangs gemeinsam zu behandeln. Es erhob sich kein Widerspruch.

Landrat Görisch gab anhand einer Powerpoint-Präsentation ausführliche Informationen zum Haushalt 2010 (s. Anlage 1 der Originalniederschrift). Er ging auch auf wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die für die kommenden Jahre keine Entspannung der Haushaltslage erwarten ließen, ein. Im Hinblick auf die Bundesbeteiligung an den KdU wies er darauf hin, dass diese auf 33% sinke. Auch beim Wohngeld seien die Ausgleichszahlungen rückläufig. Das Ziel der Änderungen, nämlich die finanzielle Verbesserung der kommunalen Seite um insgesamt 2,5 Mrd. € sei nicht erreicht worden.

Im Hinblick auf den Ergebnishaushalt wies er darauf hin, dass darin auch der Jahresgewinn des Abfallwirtschaftsbetriebes und die Eingliederung der Stiftung für Weiterbildung und Kultur enthalten seien. Ohne diese Sondereffekte wäre das laufende Defizit noch höher auszuweisen. Die Differenz zwischen Stellen-Ist und Stellen-Soll im Stellenplan hänge mit der Altersteilzeit, den Landesbeamten und Reserven, die nicht oder nur teilweise berücksichtigt würden, zusammen.

Die Teilhaushalte 40 und 41 seien von weiteren Kostensteigerungen geprägt (Eingliederungshilfe, KdU). Er rechne zudem mit einem weiteren Anstieg der Fallzahlen im Jahr 2010. Der Rückgang der Fallzahlen im Bereich SGB II hänge mit der Änderung des Gesetzes im Hinblick auf unter 25-Jährige und rückläufigen Arbeitslosenzahlen zusammen. Er bemängelte, dass auf Bundes- und Landesebene bisher keine Regelung zur Betreuung der Hilfeempfänger im Hinblick auf Vermittlung in Arbeit, Qualifizierung und Sicherung der Existenz durch eine gemeinsame Stelle gefunden werden konnte.

Bezüglich der Jugendhilfe gehe er davon aus, dass die Fallzahlen bei der stationären Hilfe nicht weiter steigen würden. Da die Quote bei der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren im Kreis bereits jetzt bei 28,5 % liege, werde die gesetzliche Vorgabe für 2011 bzw. 2013 voraussichtlich erfüllt werden können.

Landrat Görisch führte aus, dass im kommenden Jahr über die Anhebung der Kreisumlage diskutiert werden müsse, die jetzt 1 % unter dem Landesdurchschnitt liege. Da die geplanten Investitionen in den letzten beiden Jahren nicht in vollem Umfang umgesetzt worden seien, sei die Verschuldung geringer ausgefallen als ursprünglich gedacht.

Im Hinblick auf den Wirtschaftsplan Abfallwirtschaft wies Landrat Görisch darauf hin, dass der Jahresüberschuss zur Stärkung des Eigenkapitals verwendet werden solle. Er informierte, dass möglicherweise ein Teil der an die GML gezahlten Umlage wieder an den Kreis zurückfließe. Die Ausschreibung für die Abfuhr des Haus- und Gewerbemülls laufe derzeit. Die Submission finde am 22.12. d. J. statt, so dass im 1. Quartal 2010 eine Beauftragung erfolgen könne. Er wies darauf hin, dass die Kosten für den Umschlag ab dem Jahr 2011 nicht mehr zu erbringen seien, da diese in die Zuständigkeit des dann beauftragten Unternehmens für die Abfuhr des Abfalls falle.

Er betonte, dass seit dem Jahr 2006 keine Erhöhung der Müllgebühren mehr stattgefunden habe. Bei einem entsprechenden Ergebnis der Ausschreibung könne auch für das Jahr 2011 von stabilen Müllgebühren ausgegangen werden.

Die Planung für die Optimierung der Aufbereitung des Mülls in der Vergärungsanlage sei zwischenzeitlich in Auftrag gegeben. Durch Personaleinsparungen solle die Investition finanziert werden.

Zusammenfassend sehe er derzeit keine Perspektive für eine Wende der schwierigen finanziellen Situation des Kreises. Im Hinblick auf den Finanzausgleich habe die Landesregierung erklärt, dass man nur 2010 in der Lage sei, möglicherweise Verschiebungen zwischen den allgemeinen und den Zweckzuweisungen mit einem Volumen von rd. 30 Mio. € vorzunehmen. Solange nicht mehr Geld in den Finanzausgleich fließe, sei auch keine finanzielle Verbesserung der kommunalen Seite zu erwarten.

Mit den beabsichtigten Investitionen entwickle sich der Kreis vor allem in den Bereichen Schule, Kindertagesstätten, ÖPNV und Straßen weiter. Gleichzeitig sei man in der Lage, die Aufgabe als Träger der Jugend- und Sozialhilfe ordnungsgemäß zu erfüllen. Für die Zukunft sollten die „freiwilligen Leistungen“ im Bereich der Musik- und Volkshochschule bewahrt werden.

Auch das sehr gute Angebot bei der Abfallentsorgung könne bei gleichbleibenden Müllgebühren für die Zukunft gesichert werden. Nach der Abfallbilanz des Landes habe der Kreis eine Verwertungsquote des gesamten Müllaufkommens von 71%.

Abschließend wies er auf den schriftlichen Antrag auf Anhebung der Jagdsteuer von Kreistagsmitglied Acker hin, der den Kreisbeigeordneten, Fraktionsvorsitzenden und Herrn Heimann zur Verfügung gestellt worden sei. Er informierte, dass der Kreis bei der Jagdsteuer keinen Spielraum mehr habe, da bereits die höchste gesetzliche Quote festgelegt sei. Der Antrag wurde von Herrn Acker in der Sitzung daraufhin nicht mehr gestellt.

Sodann stellte er den Haushalts- und Wirtschaftsplan zur Aussprache.

Fraktionsvorsitzender Kiefer (SPD) führte aus, dass kommunale Selbstverwaltung leider nicht autonome Haushaltsgestaltung bedeute. Der Kreis sei davon abhängig, was ihm Bund und Land aufbürde. Auch die Finanz- und Wirtschaftskrise wirke sich auf die Kommunen aus. Die jüngsten Steuerschätzungen würden deutlich zeigen, dass mit einem Einbruch der Einnahmen im Jahr 2010 zu rechnen sei. Auf der anderen Seite würden die Schulden auf kommunaler Ebene weiter ansteigen. Nicht zuletzt durch das wirtschaftsstabilisierende Konjunkturprogramm II, wonach die Kommunen verpflichtet seien, ab 2012 ihre Eigenanteile in 4 Jahresraten zurückzuzahlen.

Hinzu komme nach neuester Einschätzung der Agentur für Arbeit eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit, sowie ein großer Umfang an Kurzarbeit, was gleichzeitig zu einer Erhöhung der sozialen Leistungen führe. Dies schlage sich besonders in den Haushalten der Kreise nieder, die durch die Umlagen der Gemeinden gespeist würden. Wenn auch die Kreisumlage 2010 unverändert bleibe, sei jetzt schon absehbar, dass in den Folgejahren ein Anheben unumgänglich werde.

Wie Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindetages, treffend festgestellt habe, sei die Entwicklung der Kommunalfinanzen katastrophal. Bund und Länder müssten den Kommunen dauerhaft helfen. Ansonsten würden in vielen Kommunen bald „die Lichter ausgehen“ und den Menschen bliebe das Gefühl, dass der Staat sie im Stich lasse.

Erdrückende Schulden, Einnahmeausfälle und gesetzliche Fesseln würden den Kommunen jede Bewegungsfreiheit nehmen. Dabei seien es die Kommunen, die mit ihrer Infrastruktur die Voraussetzungen für das Steueraufkommen im Land schaffen würden. Durch die Gewerbebetriebe, die Arbeitnehmer, Schaffung von Investitionen im Bildungs-, Straßen- und Wohnungsbaubereich und vieles andere werde die Finanzausstattung bis auf wenige Sondersteuern auf der kommunalen Ebene erwirtschaftet. Er betonte, dass das Land verfassungsrechtlich verpflichtet sei, die kommunale Finanzausstattung sicher zu stellen.

Die prekäre Finanzlage des Kreises werde seine Fraktion nicht davon abhalten, die zentralen Zukunftsaufgaben wie Schule, Bildung, Energieversorgung und Klimaschutz anzugehen und hierfür Investitionen zu tätigen, Infrastrukturmaßnahmen vorzunehmen und der sozialen Verpflichtung gegenüber den Bürgern gerecht zu werden. Das Hauptaugenmerk seiner Fraktion werde auch künftig auf der Schulpolitik liegen. Entsprechend der Schulentwicklungsplanung müsse der Auf- und Ausbau der IGS Osthofen angegangen sowie die Schaffung eines Ganztagschulgebäudes in Alzey ermöglicht werden. Ferner sehe er eine zügige Umsetzung des Konjunkturprogrammes für energetische Sanierungsmaßnahmen als vordringlich an. Auch die Schulsozialarbeit im Kreis habe sich bewährt und sei nach seiner Auffassung mittelfristig auf alle Schularten auszudehnen.

Nachdrücklich trete seine Fraktion für die Umsetzung des Programms: „Bildung von Anfang an“ ein. Schrittweise müsse das Bildungs- und Betreuungsangebot für die Kinder unter 3 Jahren entsprechend den gesetzlichen Vorgaben ausgebaut werden. Wenn der Ausbau so zügig wie bisher weitergehe, werde man ohne Schwierigkeiten bis zum Jahr 2013 die Vorgabe von 33% an Plätzen für unter 3-Jährige erfüllen können. Neben der Energieeinsparung setze seine Fraktion auf eine effiziente Energiegewinnung durch den Bau weiterer BHKW's, wobei die eingeschlagene Kooperation mit der EDG weiter optimiert werden solle. Dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur als auch der baulichen Unterhaltung der kreiseigenen Gebäude lege er ebenfalls besonderes Gewicht bei. Er dankte in diesem Zusammenhang den Kreisbeigeordneten Mehring und Erbes, die ihr Aufgabengebiet effizient und gut verwalten würden.

Erfreulich sei, so Kiefer, dass die Müllgebühren bereits zum vierten Mal in Folge stabil festgeschrieben werden könnten. Gleichzeitig sei der Abfallwirtschaftsbetrieb in der Lage, einen Überschuss zu erzielen, der zur Stärkung des Eigenkapitals verwendet werde. Die derzeit europaweite Ausschreibung des Hauptentsorgungsvertrages lasse nach seiner Auffassung eine weitere Konsolidierung des AWB erwarten. Unterstützung fänden auch die Investitionen zur Verbesserung der Aufbereitungstechnik der Vergärungsanlage sowie die Abfall- und Umweltberatung des AWB. Aufgrund des Teilvergleichs mit der Firma MDF sehe er eine Annäherung der vor einem Jahr noch weit auseinandergehenden Positionen und sei sehr zuversichtlich, dass in weiteren Gesprächen mit der Firma MDF auch die anderen noch offenen Fragen ziel führend gelöst werden könnten. Abschließend dankte Fraktionsvorsitzender Kiefer den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere denen, die mit der Erstellung des Haushaltes 2010 beauftragt gewesen seien. Gleichwohl dieser aufgrund der doppelten Form für viele nur schwer zu durchleuchten sei, sei er durch einen guten und umfangreichen Vorbericht als auch durch die Darstellung der wesentlichsten Zahlen in absoluter und grafischer Form letztendlich doch transparent geworden. Abschließend dankte er Herrn Landrat Görisch und den Kreisbeigeordneten für das gute Miteinander.

Die Haushaltsreden der **Fraktionsvorsitzenden Dr. Tauscher (CDU) und Kolb-Noack (Bündnis 90/Die Grünen)** sind als Anlagen 2 a) und b) der Niederschrift beigefügt.

Fraktionsvorsitzender Hinkel (FWG) führte aus, dass die Hälfte seiner Fraktion neu im Kreistag sei und man sich erstmals mit einem unausgeglichenen Haushalt und einem wachsenden Schuldenberg zu befassen hatte. Was man jedoch ohne großes Vorwissen verstehe, sei die Tatsache, dass die Schulden ständig steigen würden. Seine Fraktion sehe die Zukunft problematisch, da im kommenden Jahr die Zinsen für die Kassenkredite voraussichtlich erhöht werden müssten.

Auf Dauer dürfe man es nicht weiter hinnehmen, dass ein Großteil der Schulden in einem Bereich entstünde, den der Kreis politisch nicht zu verantworten habe, nämlich bei den Aufwendungen zur sozialen Sicherung. In diesem Bereich bestünde kein Spielraum für Einsparungen, obwohl man an der einen oder anderen Stelle im Sozialhaushalt durchaus bezweifeln könne, ob die aufgrund gesetzlicher Maßgaben vorgesehenen Mittel wirklich effizient eingesetzt würden.

Bei weiter steigenden Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen stelle sich außerdem die Frage, wie man die bisher angehäuften Schulden abbauen wolle. Von dem Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ habe sich die Politik schon vor einigen Jahrzehnten verabschiedet. Bei zur Zeit stark sinkenden Steuereinnahmen lasse sich der unausgeglichene Haushalt auch in Zukunft nicht mit einer Erhöhung der Kreisumlage lösen, denn „den letzten beißen die Hunde“, so Hinkel. Mittelfristig helfe nach seiner Auffassung nur eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen durch den Bund und das Land, wodurch im Sinne des Konnexitätsprinzips eine Kostenübernahme durch den Gesetzgeber auch für früher entstandene kostenpflichtige Maßnahmen geregelt werden müsse.

Seine Fraktion sei darüber verwundert, dass im Rahmen der diesjährigen Hauptversammlung des Landkreistages kein Zeichen in Richtung des Schuldenabbaus gesetzt worden sei, der doch fast alle Landkreise in Rheinland-Pfalz vor große Probleme stelle. Er vertrat die Auffassung, dass eine gemeinsame Initiative aller rheinland-pfälzischen Landkreise erforderlich sei, und regte an, dass der Kreistag Alzey-Worms im kommenden Jahr eine erneute Initiative ergreifen solle. Man habe sich gefragt, ob möglicherweise ein Sparpotenzial in den ständig steigenden Personalausgaben liege. Doch die Mehrausgaben seien im Wesentlichen von den tariflichen Lohnerhöhungen verursacht. Konkret diskutiert habe man die Personalsituation an den kreiseigenen Schulen. Allerdings: Gerade bei steigenden Schülerzahlen sei ein Einsparpotenzial bei Hausmeistern, Reinigungspersonal und Schulsekretärinnen nicht vorhanden. An dieser Stelle dankte er diesen Mitarbeitern für die Erfüllung ihrer nicht immer leichten Aufgabe. Trotz des Gebotes eisernen Sparens befürworte seine Fraktion die Investitionen in die energetischen Maßnahmen, weil hier mittelfristig Einspareffekte zu erwarten seien, sowie die Renovierung und den Neubau von Schulgebäuden, die sich zwingend aus dem Schulentwicklungsplan ergeben würden. Hier handele es sich um echte Investitionen in die Zukunft, was sich gerade auch im Ausbau der Ganztagsbetreuung zeige. Diese Zukunftsorientierung sei ein wichtiger Grund, dem Haushalt 2010 trotz Bedenken zuzustimmen. Abschließend dankte er Landrat Görisch, den Beigeordneten und der Verwaltung für die Vorlage des Haushaltsplanes.

Kreistagsmitglied Busch führte aus, dass der Abfallwirtschaftsbetrieb auch weiterhin gut aufgestellt sei. Trotz Mindereinnahmen und Mehraufwand in einzelnen Positionen sei immer noch ein ausreichender Überschuss in Höhe von 700 T€ zu erwarten. Äußerst positiv sei, dass nun im vierten Jahr in Folge keine Erhöhung der Müllgebühren erforderlich sei. Auch für die Zukunft sei man gut gerüstet. Die Aufbereitungstechnik der Vergärungsanlage solle optimiert werden, um so laufende Betriebskosten einzusparen. Mit dem Teilvergleich mit der Firma MDF habe man ein Stück Vergangenheit bewältigt und gleichzeitig einen Grundstock für die Zukunft gelegt. Aus diesen Gründen könne seine Fraktion dem Wirtschaftsplan uneingeschränkt zustimmen. Die Ablehnung des Abfallwirtschaftsplanes seitens der CDU im Kreistag nach deren Zustimmung im Werksausschuss ohne Begründung sei für ihn nicht nachvollziehbar.

Fraktionsvorsitzender Lind (FDP) signalisierte eingangs die Zustimmung seiner Fraktion zum Haushalt und zum Abfallwirtschaftsplan 2010. Er bemängelte, dass es nicht erspart bleibe, den Weg in die Verschuldung weiter fortzusetzen. Im Hinblick auf die prognostizierten Fehlbeträge sei zu bedenken, dass der übergroße Anteil der Kreisausgaben fremdbestimmt sei. Der Anteil des Haushaltes, der auf dem Schuldendienst basiere, werde immer größer. Dies seien sehr unerfreuliche Ausgaben, da der Haushalt mit Zinszahlungen belastet werde, ohne dass diesen Investitionen gegenüber stünden. Er betonte, dass die desolate Lage des Haushaltes nicht vom Kreis selbst verschuldet sei.

Der Bereich der Abfallwirtschaft hingegen sei positiv zu sehen. Dort würden beste Ergebnisse erzielt, ohne dass die Gebühren erhöht werden müssten.

Lind führte aus, dass der Kreis mit seiner schwierigen Haushaltslage nicht allein dastünde. Er berief sich auf ein Sammelrundschreibens des Landkreistages, wonach sich die gute Steuereinnahmeentwicklung der Jahre 2007 und 2008 nicht nur positiv auf die Entwicklung der Finanzierungssalden ausgewirkt, sondern auch das Tempo der Neuverschuldung zunächst deutlich verlangsamt habe. Unabhängig davon, dass dieser Trend unter den Folgen der Finanz- und Haushaltskrise ohnehin ein abruptes Ende genommen habe, hätten die Kommunen in Rheinland-Pfalz auch in den Jahren 2007 und 2008 entgegen dem Bundestrend negative Finanzierungssalden zu verzeichnen. Die Gesamtverschuldung der Kommunen in Rheinland sei von 2005 bis 2008 um 19%, die Investitionskredite aber nur um 0,8 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum seien die Kassenkredite bei den Landkreisen um über 100 % gestiegen. Damit hätten die Liquiditätskredite in Rheinland-Pfalz auch im Bundesvergleich einen sehr hohen Betrag erreicht, der belege, dass viele Kreise, Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz immer weniger in der Lage seien, ihre ordentliche Aufwendungen durch entsprechende Erträge zu decken. Im Schnitt der letzten Jahre würden mindestens 20 von 24 Landkreisen einen unausgeglichene Haushalt aufweisen. Damit bestehe zuweilen eine Perspektivlosigkeit bei den Bemühungen um Haushaltskonsolidierung.

Dies mache deutlich, dass man an einer großen Strukturreform der kommunalen Haushalte nicht vorbei komme. Es dürfe nicht sein, dass die Kreise immer mehr mit Aufgaben belastet würden, ohne einen entsprechenden Ausgleich auf der Einnahmeseite zu schaffen. Wenn ein Ausgleich durch Bund oder Land aufgrund finanzieller Engpässe nicht möglich sei, müsse geprüft werden, ob nicht intensive Kreisausgaben ausgegliedert werden müssten.

Er erinnerte, dass der Haushalt 2008 besser als bei den Beratungen ausgefallen sei. Gleichwohl dieses Ereignis auch durch Einmaleffekte möglich gewesen sei, bewiese es dennoch, dass die Verwaltung bei der Haushaltsplanung seriös gearbeitet habe. Er dankte den Kämmerern für die Erstellung der verlässlichen Haushaltsplanung. In dieser schwierigen Haushaltslage sei es für den Kreis nicht einfach, auf eine Erhöhung der Kreisumlage zu verzichten. Möglicherweise könne es sogar zu einer Beanstandung durch die Aufsichtsbehörde kommen, zumal es den Gemeinden und Verbandsgemeinden größtenteils finanziell besser gehe als dem Kreis.

Dennoch sei seine Fraktion der Auffassung, dass mit der Nichterhöhung der Kreisumlage ein positives Signal an die Gemeinden gegeben werden sollte. Er unterstrich, dass der Kreis trotz seiner prekären finanziellen Situation in der Lage sei, notwendige Projekte auf den Weg zu bringen und fortzuführen. Trotz weiterer Verschuldung sei es aus Sicht seiner Fraktion unbedingt notwendig, vor allem in den Bereichen Schule, Schulsozial- und allgemeine Jugendarbeit zu investieren. Das gleiche gelte für die Verkehrswege. Er dankte Kreisbeigeordnetem Erbes, der sich im Zuge des Radwegebaus für die Förderung des Tourismus, der Naherholung und die Verbesserung der Verkehrsmobilität einsetze. Er wies darauf hin, dass die verstärkte Ausrichtung des Kreises auf den Energiebereich eine unumgänglich notwendige Zukunftsinvestition sei. Dabei sollten kreisübergreifende Kooperationen, z. B. in der Verkehrsanbindung, bei der Verwaltungszusammenarbeit oder bei der Tourismusförderung, geschaffen werden. Er dankte Landrat Görisch, den Kreisbeigeordneten sowie den Kreistagsmitgliedern für die ergebnisorientierte und innovative Zusammenarbeit.

Kreistagsmitglied Acker (NPD) führte aus, dass die Schulden im kommenden Jahr um weitere 11 Mio. € steigen würden. Aus seiner Sicht weise der Haushaltsplan mehrere unbekannte Risiken auf. Bereits heute gebe der Kreis 7 Mio. € für Zinsen aus. Es könne jedoch nicht garantiert werden, dass die Zinsen auf diesem Stand bleiben würden. Auch beim Lohnniveau sei mit Änderungen zu rechnen. Die Gewerbesteuer werde sich gleichfalls vermindern.

Die Umsetzung der EU-Wasserrichtlinie in Rheinland-Pfalz werde sicherlich teurer als erwartet. Es dürfe nicht sein, dass die Kredite, die im Rahmen des Konjunkturpaketes II bis zum Jahr 2014 zurückgezahlt werden müssten, wieder mit neuen Krediten bedient würden.

Aus seiner Sicht würden neue Schulden neue Belastungen durch Zinsen und Tilgung bedeuten, die notwendige Investitionen verhindern würden. Er bemängelte, dass die Mittel des Konjunkturpaketes II, das für die Bildung der Kinder und Jugend gedacht gewesen seien, für den Schulbau ausgegeben würden. Die Kosten für die Sozialausgaben seien im Haushalt zu knapp bemessen. Zudem müssten alle freiwilligen Leistungen geprüft werden. Er werde dem Haushalt nicht zustimmen.

Kreistagsmitglied Heimann (Die Linke) bemängelte, dass weder das Zustandekommen noch der Haushalt selbst für die Bürger nachvollziehbar dargestellt werde. Er appellierte an die SPD-, CDU- und FDP-Kreistagsfraktion, sich bei Bund und Land für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen einzusetzen.

Kreistagsmitglied Schnabel erinnerte, dass die CDU-Kreistagsfraktion bei in Kraft treten der TA Siedlungsabfall für das Offenhalten der Deponie plädiert habe. Er machte deutlich, dass sowohl der Bund, als auch die Länder und Kommunen Schulden hätten. Keiner habe Geld übrig, um einen effektiven Finanzausgleich zu realisieren. Die Hauptausgaben – sowohl beim Bund als auch bei den Kommunen – würden im Sozialbereich liegen. Daher müssten Lösungen auch in diesem Bereich gefunden werden. Die einzige Chance sehe er derzeit in der Verbesserung der Wirtschaftslage. Auch eine Rekommunalisierung könne zu finanziellen Verbesserungen führen, allerdings nicht in allen Fällen.

In seinen Erwiderungen betonte **Landrat Görisch**, dass der Sparwille bei der Verwaltung vorhanden und dokumentiert sei. Der Kreis habe in Vergangenheit immer ordentlich gewirtschaftet. Im Bereich des Personals sehe er keine Einsparpotentiale. Stellen würden nur dann besetzt, wenn der Bedarf nachgewiesen sei.

Im Hinblick auf die Verschuldung seien direkte Vergleiche mit anderen Landkreisen aufgrund unterschiedlicher Ausgangslagen schwierig. Die Kreise im Norden verfügten z. B. über beträchtliche Beteiligungen beim RWE. Investitionen habe der Kreis zukunftsweisend in Schulen, Kindertagesstätten und Straßen getätigt. Problematisch sei die strukturelle Unterfinanzierung seit dem Jahr 2001 sowie die Ausgaben in den Bereichen Hilfe zur Erziehung, Sozial- und Eingliederungshilfe. Daher müsse seitens des Bundes geregelt werden, wie diese Ausgaben künftig finanziert werden sollten. Es dürfe nicht sein, dass Aufgaben an die Kommunen ohne ausreichende Finanzausstattung delegiert würden. Die momentan anwachsende Bugwelle könne der Kreis auf Dauer nicht stemmen.

Er führte aus, dass das Fortführen der Deponie derzeit wirtschaftlich nicht sinnvoll sei und erinnerte, dass der Antrag auf Öffnung der Deponie bereits in der letzten Kreistagssitzung mehrheitlich abgelehnt worden sei.

Gemeinsam mit den Landkreisen Mainz-Bingen und Bad Kreuznach werde im Rahmen der Klimaschutzinitiative bereits ein Konzept als Basis für die Zukunft erarbeitet. Ab Februar 2010 werde die Verbraucherzentrale eine Beratungsstelle bei der Kreisverwaltung einrichten.

Im Hinblick auf die Rekommunalisierung erläuterte er, dass der Kreis die Vergärungsanlage selbst betreibe. Lediglich die Abfuhr des Mülls sei privatisiert worden. In diesem Jahr habe man sich entschieden, für die nächsten 6 Jahre erneut auszuschreiben. Die Wirtschaftlichkeit sei vorab durch den AWB geprüft worden. Diese Entscheidungen seien gefallen. Diskussionsbedarf in dieser Richtung ergebe sich erst in 6 Jahren wieder.

Kreistagsmitglied Busch gab zu Bedenken, dass es für den Kreis auch bei Verbesserung der wirtschaftlichen Lage nicht möglich sei, die bis dahin angewachsenen Schulden zu tilgen. Daher müsse der Kreis noch mehr Einsparmaßnahmen, z. B. beim Personal, ergreifen. Auch er appellierte an die Mitglieder des Landtages, sich für eine Entlastung der Kommunen einzusetzen, da der Kreistag ansonsten seine Eigenständigkeit ganz verlieren könne. Die Erhöhung der Kreisumlage sei aus seiner Sicht nicht der richtige Weg, da auch die Städte und Gemeinden künftig finanziell geschwächt seien.

Tagesordnungspunkt: 1

Drucksachennummer: 235/2009/1

Haushaltssatzung/Haushaltsplan
Haushaltsjahr 2010
- Beschlussfassung

Vorlagentext:

Entwurf Haushaltsplan 2010

Beschluss:

Der Kreistag beschließt gemäß § 57 Landkreisordnung (LKO) i. V. m. § 95 Gemeindeordnung (GemO) die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 mit Haushaltsplan 2010 einschließlich seiner Bestandteile und Anlagen sowie den Stellenplan 2010 in der heute beratenden Fassung

Abstimmungsergebnis:

39 Ja 1 Nein 1 Enthaltung

Form der Abstimmung:

Offen

Tagesordnungspunkt: 2

Drucksachennummer: 221/2009/1

Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Wirtschaftsjahr 2010
- Beschlussfassung

Vorlagentext:

Für das Wirtschaftsjahr 2009 wurde kein Nachtragswirtschaftsplan erstellt. Es werden sich aber Veränderungen ergeben, welche jedoch nicht erfolgsgefährdend sind. Allerdings lassen sich die Ansätze 2009 mit denen des Wirtschaftsplanes für 2010 nicht oder nur bedingt vergleichen. Bei den nachstehenden Erläuterungen wurden deshalb die Ansätze 2010 mit den Rechnungsergebnissen 2008 verglichen.

Bei den Erlösen ist eine Minderung gegenüber dem Ergebnis 2008 von rd. 797 T€ und dem Ansatz von 2009 von rd. 657 T€ zu erwarten. Hauptgrund hierfür ist der drastische Rückgang bei den Zinserträgen. Während im Jahr 2008 noch in Durchschnitt 4,3% für die Festgelder gezahlt wurden, liegt der Schnitt im laufenden Wirtschaftsjahr nur noch bei knapp 2%. Der Trend ist weiterhin sinkend. Gegenüber dem Jahr 2008 ist deshalb mit rd. 548 T€ niedrigeren Erlösen zu rechnen (gegenüber 2009 ca. 290 T€).

Die zweite wichtige Position bei der mit Mindereinnahmen zu rechnen ist, sind die Verwertungsgutschriften für Papier und Schrott. Im Vergleich zu 2008 werden beim Papier ca. 76 T€(2009 ca.190 T€) und beim Schrott ca. 72 T€(2009 ca. 95 T€) weniger Erlöse erwartet. Der Erlös ist vom Papierpreis-Index abhängig. Auch wurde für die Entsorgung des Schrotts aus den Wertstoffhöfen ein neuer Vertrag abgeschlossen. Nachdem bis 2008 im Schnitt 244 €t gezahlt wurden, werden für 2010 nur noch knapp 72 €t gezahlt.

Bei den Aufwendungen erwarten wir im Vergleich zu 2008 einen Mehraufwand von rd. 154 T€ Nachstehend nur die wichtigsten Veränderungen im Vergleich 2010 zu 2008:

A. Materialaufwand (Mehraufwand 860 T€)

Konten	Veränderung Mehr-/Wenigeraufwand in T€		Begründung
Aufwendungen für die WSH	Mehraufwand	38	Neue Verträge gegenüber 2009 günstiger, gegenüber 2008 höher
Entsorgung Elektronikschrott	Mehraufwand	15	Preisgleitklausel und Mengensteigerungen
Gesonderte Papiereinsammlung	Mehraufwand	9	Mehrmengen
Abfuhrkosten Haus- und Gewerbemüll	Mehraufwand	155	Preisgleitklausel
Abfuhr- und Verwertungskosten Sperrmüll	Mehraufwand	42	Preisgleitklausel
Beförderungskosten Gewerbemüll	Mehraufwand	22	Preisgleitklausel
Transportkosten GML	Mehraufwand	32	Preisgleitklausel und Mehrmengen bei Rest- und Sperrmüll
Umlage GML	Mehraufwand	20	Mehrmengen
Behandlungskosten GML	Mehraufwand	93	Mehrmengen bei Rest-, Gewerbe- und Sperrmüll
Müllgefäß-Änderungsdienst	Mehraufwand	44	Preiserhöhung bei Papiertonnen ab 2009 von 7,41 €Fall auf 22,61 €Fall
Bewirtschaftung Umschlagplatz	Mehraufwand	16	Preiserhöhung von 7,49 €t auf 7,69 €t bei rd. 29.000 t
Bewirtschaftung KMD	Mehraufwand	108	Mehrkosten Sickerwasserentsorgung, Strompreiserhöhung
Aufwendungen für BHKW I+II	Mehraufwand	148	E 70 Wartung beim BHKW II (rd. 205 T€)
Unterhaltung der VGA	Mehraufwand	116	Mehraufwand durch Preiserhöhung beim Stromverbrauch und bei der Presswasserentsorgung

B. Sonstige Aufwendungen (Wenigeraufwand 125 T€)

Sonstige betriebliche Aufwendungen AWB	Wenigeraufwand	156	u.a. in 2008 periodenfremder Aufwand (Umsatzsteuerabwicklung der Jahre 2006 und 2007)
Sonstige betriebliche Aufwendungen VGA	Mehraufwand	31	Höherer Aufwand bei der Kfz.- und Werkstattunterhaltung

C. Personalaufwendungen (Mehraufwand 24 T€)

Personalkosten	Mehraufwand	24	Lohnerhöhungen 2008, 2009 und 2010
----------------	-------------	----	------------------------------------

D. Abschreibungen (Wenigeraufwand 566 T€)

Abschreibungen AWB	Wenigeraufwand	9	Ende der AfA bei verschiedenen Konten
Abschreibungen VGA	Wenigeraufwand	557	In 2010 für den maschinellen Teil nur noch eine Restabschreibung

E. Darlehenszinsen (Wenigeraufwand 39 T€)

Darlehenszinsen	Wenigeraufwand	39	Höhere Tilgung niedrigere Zinsen
-----------------	----------------	----	----------------------------------

Der im Wirtschaftsjahr 2005 durch die Gesamtzuführung der noch ausstehenden Rückstellungen entstandene Verlustvortrag ist in den Folgejahren abzuwickeln. Daher ist der voraussichtliche Jahresüberschuss im Wirtschaftsplan 2010 in Höhe von 700.300 € hierfür zu verwenden.

Dem Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2010 bzw. bei den einzelnen Konten sind weitere Erläuterungen zu entnehmen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt den Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Alzey-Worms für das Wirtschaftsjahr 2010.

Abstimmungsergebnis:

29 Ja 12 Nein

Form der Abstimmung:

Offen

*Anlage 1 der Originalniederschrift:
Informationen zum Haushalt 2010*

*Anlagen 2 a) und b) der Niederschrift:
Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden Dr. Tauscher (CDU) und Kolb-Noack (B 90/Die Grünen)*

Tagesordnungspunkt: 3	Drucksachennummer: 228/2009/1
------------------------------	--------------------------------------

Prüfung der Jahresabschlüsse für die Wirtschaftsjahre 2010 bis 2014 des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Alzey-Worms; Auftragserteilung
 - Beschlussfassung

Vorlagentext:

Aufgrund der notwendigen Vergabe der Prüfung der Jahresabschlüsse und Erstellung der steuerlichen Abschlüsse für die kommenden Wirtschaftsjahre (2010 bis 2014) hat die Verwaltung neun Prüfungsgesellschaften um die Abgabe eines Angebotes gebeten. Nachstehend werden die einzelnen Angebote aufgeführt (alle Preise verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer):

Prüfungsgesellschaft	Angebot	Bemerkungen
Mittelrheinische Treuhand GmbH, Koblenz	Pauschal 8.200 €Jahr	incl. steuerlicher Abschluss
SWS Schüllermann und Partner AG, Mainz	Pauschal 7.500 €Jahr plus ca. 1.200 €Jahr (Steuerabschluss); Gesamt 8.700 €Jahr	die Erstellung des steuerlichen Abschlusses wird geschätzt angegeben mit ca. 1.200 €Jahr
KPMG AG, Mainz	11.050 €Jahr	plus Auslagen (ca. 500 €); incl. steuerlicher Abschluss
Dr. Dornbach Revision GmbH, Mainz	9.800 €Jahr zzgl. ca. 2.000 €Jahr (Steuerabschluss)	für den steuerlichen Abschluss werden zusätzlich ca. 2.000 €Jahr veranschlagt
BDO Deutsche Warentreuhand AG, Mainz	12.520 €Jahr	Pauschal für die ersten zwei Jahre, dann 2% jährliche Anpassung; incl. steuerlicher Abschluss
AZ-Treuhandgesellschaft mbH, Alzey	Maximal 13.000 €Jahr	incl. Reisekosten (keine Angaben zum steuerlichen Abschluss)
WIBERA AG, Mainz	19.000 €Jahr	zzgl. Reise- und Nebenkosten (max. 1.500 €); (keine Angaben zum steuerlichen Abschluss)
TREURATIO GmbH, Wiesbaden	23.000 €Jahr	incl. steuerlicher Abschluss
Ernst & Young AG, Eschborn	Es liegt kein Angebot vor	

Die bisherige Prüfungsgesellschaft (Mittelrheinische Treuhand GmbH) ist der preisgünstigste Anbieter. Die Verwaltung schlägt deshalb vor, weiterhin die Mittelrheinische Treuhand GmbH für die Prüfung der Jahresabschlüsse und die Erstellung der steuerlichen Abschlüsse für die Wirtschaftsjahre 2010 bis 2014 zu beauftragen.

Rechtliche Würdigung:

Gemäß § 57 der Landkreisordnung i.V. mit § 89 Abs. 1 der Gemeindeordnung sind Einrichtungen, die nach den Bestimmungen der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung (EigAnVO) verwaltet werden, jährlich durch sachverständige Abschlussprüfer im Sinne von § 319 Abs. 1 Satz 1 des Handelsgesetzbuches zu prüfen.

Nach § 89 Abs. 2 der Gemeindeordnung werden die Abschlussprüfer durch den Kreistag bestellt.

Die Prüfung erstreckt sich gemäß § 89 Abs. 3 der Gemeindeordnung darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet sind. In die Prüfung ist die Buchführung einzubeziehen. Der Lagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss im Einklang steht und seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Lage des Unternehmens erwecken. Im Rahmen der Abschlussprüfung sind auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens und die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung zu prüfen.

Nach § 2 Abs. 1 der Landesverordnung über die Prüfung kommunaler Einrichtungen vom 22.07.1991 soll sich die Bestellung der Abschlussprüfer auf mindestens 3 und auf höchstens 6 Jahre erstrecken. Eine erneute Bestellung ist zulässig.

Empfehlung des Werksausschusses:

Der Werksausschuss empfiehlt dem Kreistag die Bestellung der Mittelrheinischen Treuhand GmbH, Koblenz, zur Prüfung der Jahresabschlüsse des Abfallwirtschaftsbetriebes für die Wirtschaftsjahre 2010 bis 2014 zum Pauschalhonorar von 8.200,00 €(zuzüglich gesetzlicher Mehrwertsteuer).

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, die Mittelrheinische Treuhand GmbH, Koblenz, für die Prüfung der Jahresabschlüsse des Abfallwirtschaftsbetriebes für die Wirtschaftsjahre 2010 bis 2014 zum Pauschalhonorar von 8.200,00 €(zuzüglich gesetzlicher Mehrwertsteuer), zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

40 Ja 1 Enthaltung

Form der Abstimmung:

Offen

Tagesordnungspunkt: 4

Drucksachenummer:

Mitteilungen und Anfragen

Der Kreistag erhielt im Rahmen der Einladung eine Mitteilungsvorlage mit folgendem Inhalt:
Das Rechnungsprüfungsamt hat am 01.10.2009 die Kasse des Landkreises Alzey-Worms geprüft. Wie dem beiliegenden Bericht vom 30.11.2009 über diese Prüfung zu entnehmen ist, konnten zwei aufgetretene Probleme unmittelbar gelöst werden. Im Ergebnis verlief die Prüfung somit ohne Beanstandungen. Gem. § 57 LKO i.V.m. § 112 Abs. 6 und 7 GemO ist der Bericht dem Kreistag vorzulegen.

Der Bericht über die Prüfung der Kreiskasse des Landkreises Alzey-Worms, Hhj. 2009, wurde dem Kreistag in der Anlage ausgehändigt.

Landrat Görisch dankte den Kreisbeigeordneten, den Mitgliedern des Kreistages und den Mitarbeitern der Verwaltung für die konstruktive Arbeit in diesem Jahr und lud zu einem Umtrunk im Anschluss an die Sitzung ein. Der Kreis habe sich trotz seiner schwierigen finanziellen Lage weiterhin positiv entwickelt und sei zukunftsfähig aufgestellt.

Im Anschluss fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss **Landrat Görisch** die Sitzung um 17.05 Uhr.

Ernst Walter Görisch
Landrat

Verena Marx
Schriftführerin

CDU

Kreistagsitzung am 15.12.2009

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren des Kreistages, meine sehr verehrten Damen und Herren!

TOP 1 – Haushaltssatzung, Haushaltsplan, Haushalt 2010

Der Haushaltsplan 2010 schließt mit einem negativen Ergebnis im Ergebnishaushalt von 14,6 Mio. € und im Finanzhaushalt von 11,6 Mio. € ab. Und dies trotz erhöhter Erträge von 118,4 Mio. € im Ergebnis- bzw. 111,5 Mio. € im Finanzhaushalt. Aber für die Ausgaben werden überproportional steigende Beträge für 2010 erwartet. Insbesondere in den Teilhaushalten 21 (Schulen), 40 (Soziales) und 50 (Jugend) sind deutliche Ausgabensteigerungen zu verzeichnen. Während bei den Schulen insbesondere bauliche Investitionen zu Ausgabensteigerungen führen, sind in den Teilhaushalten 40 und 50 höhere Fallzahlen bzw. die Gesetzesänderungen zur Kinderbetreuung vornehmlich für die Ausgabensteigerungen verantwortlich. Entsprechende Einnahmesteigerungen sind in diesen Teilhaushalten nicht zu verzeichnen, sodass hieraus erhebliche Defizite im Haushalt erwachsen.

Schon die letzten Jahre haben wir das Auseinanderklaffen der Einnahmen und der Ausgaben beklagt, geändert hat sich daran nichts. Die von der CDU-Kreistagsfraktion im letzten Jahr in den Kreistag eingebrachte Resolution, die vom hiesigen Kreistag mitgetragen wurde, ist ohne Reaktion geblieben. Unsere Kassenkredite wachsen jährlich und nehmen Ende des Jahres 2010 eine prognostizierte Höhe von fast 72 Mio. € und damit fast die Hälfte der gesamten Kredite des Kreises ein. Und dies ist nicht eine Folge der Wirtschaftskrise, denn die Verschuldung unseres Kreises wächst seit ich Mitglied dieses Kreistages bin stetig an.

Die hohen Kreditschulden des Kreises und die daraus resultierenden Zinslasten werden auch die zukünftigen Haushalte stark belasten und sind mit Blick auf eine hoffentlich bald anspringende Konjunktur verbunden mit den danebenfalls zu erwartenden Zinssteigerungen eine tickende Zeitbombe. Deshalb ist eine grundsätzliche Bereinigung unumgänglich.

Bzgl. der Einnahmen sind frühestens 2012 höhere Umlagegrundlagen und damit höhere Einnahmen für den Kreishaushalt zu erwarten. Aber allein dies wird bei nicht vorhandener Ausgabenreduzierung nicht zu einer Konsolidierung unseres Kreishaushaltes führen. Vielmehr ist eine deutlich verbesserte Ausstattung der Kreise mit entsprechenden Haushaltsmitteln durch das Land Rheinland-Pfalz notwendig. Ein Vergleich der Kassenergebnisse der kommunalen Haushalte in der BRD zeigt, dass die rheinland-pfälzischen Kommunen mit denen des Saarlandes zusammen am Ende der Skala bzgl. der Verschuldung in Deutschland stehen. Die Liquiditätskredite der Kommunen je Einwohner sind in Rheinland-Pfalz fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Bundesrepublik und erreichen teilweise 2000 € je Einwohner und auch der Rechnungshof wie die Bertelsmann-Stiftung haben die extrem schlechte Finanzsituation der rheinland-pfälzischen Kommunen angeprangert. Hier ist die Landesregierung gefordert, denn der verfassungsrechtlich garantierte Anspruch der Kommunen auf eine Mindestausstattung mit Finanzmitteln, der diesen auch ein Mindestmaß an freiwilligen Ausgaben ohne Neuverschuldung garantiert, ist derzeit keineswegs gewährleistet. Vielmehr reichen die Gelder nicht mal aus, die gesetzlich definierten Leistungen zu erfüllen. Folglich steigt die Verschuldung der Kommunen unaufhörlich.

Aber auch innerhalb der Landkreise in Rheinland-Pfalz steht unser Landkreis auf Platz 23 am Ende der Verschuldungsskala der 24 Landkreise und die pro-Kopf-Verschuldung je Einwohner ist mit 670 € fast doppelt so hoch wie der Durchschnitt aller Landkreise in Rheinland-Pfalz.

Auch hier muss dringend gegengesteuert werden und da vermisse wir, die Mitglieder der CDU-Fraktion, den entsprechenden Sparwillen bei einigen Projekten. Wir fordern die Kreisverwaltung und den Kreistag hiermit auf, auch alle freiwilligen Ausgaben noch mal im Hinblick auf die absolute Notwendigkeit auf den Prüfstand zu stellen. Dies gilt insbesondere auch für alle Mitgliedschaften des Kreises in einzelnen Zweckverbänden.

Die Gelder des Konjunkturprogramms II helfen sicherlich wichtige Investitionen im Schulbereich und in der Gebäudemodernisierung umzusetzen, aber auch hier sind Eigenmittel des Kreises spätestens in einigen Jahren notwendig und die werden die Schuldenlast weiterhin erhöhen.

Dass die Aufsichtsbehörde dem hier vorliegenden Haushalt 2010 des Landkreises uneingeschränkt Genehmigung erteilt, erscheint mir unter den vorgegebenen Schuldenentwicklungen für mehr als fraglich.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einen andern Blick auf den vorliegenden Haushalt. Das vorliegende Zahlenwerk umfasst mit dem dazugehörenden Vorbericht fast 1000 Seiten. Und ich frage mich ernsthaft, wie wir als ehrenamtlich tätige Kreistagsmitglieder unserem Auftrag gerecht werden können, alle im Haushalt dargestellten Ausgaben und Projekte zu werten und zu bewerten. Ganz zu schweigen von den Fallzahlen, die etwa im Bereich Soziales oder Jugendhilfe ständig anwachsen.

Inwieweit die mit der Einführung der Doppik immer wieder angeführte höhere Transparenz hierbei erreicht wird, erscheint mir im Lichte dieser Datenflut mehr als fragwürdig.

TOP 2 – Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes

Der vorliegende Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Jahr 2010 spiegelt die Folgen der derzeitigen Konjunktur- und Wirtschaftskrise wieder. Geringere Erlöse bei den Zinserträgen, bei der Verwertung von Schrott und Papier und Mehraufwendungen bei der Müllentsorgung führen zu einem geringeren Jahresüberschuss von ca. 700 Tsd. €.

Positiv zu beurteilen ist, dass die Gebühren konstant gehalten werden können.

Ebenfalls positiv zu beurteilen ist der Abschluss des Vergleichs mit MdF für das Jahr 2005, da hierdurch Unsicherheiten beseitigt werden.

Aber diese Unsicherheiten sind hausgemacht. Sie sind durch die Schließung der Deponie durch den Landkreis entstanden, die wir von Anfang an für falsch gehalten haben, weil damit die Möglichkeiten zur genehmigten Nutzung der Deponie für die Ablagerung von Inertstoffen (Bauschutt, mineralische Stoffe, etc.) ausgeschlossen wurde. Dies halten wir insbesondere im Hinblick auf den Bewirtschaftungsvertrag zwischen dem Landkreis und MdF für sehr problematisch und nicht zweckdienlich.

Da wir aufgrund der von uns abgelehnten Schließung der Deponie und den daraus resultierenden Problematiken bzgl. des Vertrages mit MdF erhöhte Kosten für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landkreises befürchten, können wir dem vorliegenden Abfallwirtschaftsplan nicht zustimmen.

Sehr geehrter Herr Landrat, wir fordern Sie hiermit wiederum auf, die Schließung der Deponie zurückzunehmen.

Rede zum Haushalt 2010 und zum Abfallwirtschaftsplan

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

Bündnis 90/ Die Grünen

Ihre Ausführungen Herr Landrat zeigen, dass der Kreis sich nicht aus eigener Kraft aus der prekären Finanzsituation retten kann. Hier bestand schon in der Vergangenheit Handlungsbedarf sowohl auf Seiten des Landes als auch auf Seiten des Bundes. Aber die Landesregierung hat keinerlei Konzept für den Schuldenabbau der kommunalen Gebietskörperschaften.

Da die Aufgaben von oben nach unten verteilt werden, ist es müßig, über die Verteilung der Finanzmittel zu debattieren. Aufzuzeigen, wo im vergangenen Jahr Geld verschwendet wurde, kommt einer Erbsenzählerei gleich, denn es wurden nur Pflichtaufgaben erfüllt. Wir sehen auch keinen Sinn darin, einen Haushalt abzulehnen, der seiner gesetzlichen Pflicht nachkommt. Ablehnung bedeutet hier, Ablehnung der bestehen Gesetze.

Die Landesregierung bürdet den Kommunen im Land immer mehr Aufgaben auf, ohne für die finanzielle und personelle Ausstattung zu sorgen.

Wir nennen die Schulstrukturreform, den Ausbau der Kinderbetreuung, die Einführung der kommunalen Doppik, die keiner versteht.

Die Kreise werden in die Pflicht genommen, die neuen Reformen umzusetzen und zu finanzieren und der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ wird konterkariert.

Das Konnexitätsprinzip, das eigentlich im Grundgesetz verankert werden müsste, wird umgegangen und die Kommunen bleiben auf den Kosten sitzen.

Dass der Landkreis so hoch verschuldet ist, kann nicht an hausgemachten Fehlern in der Vergangenheit liegen, sondern liegt an den sinnvollen Investitionen, die umgesetzt werden mussten.

Wir fordern daher den kommunalen Finanzausgleich im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform neu zu regeln, sonst droht die vollständige Handlungsunfähigkeit.

Wir möchten nicht auf hohem Niveau jammern, sehen aber, dass auf Landesebene sehr wohl Geld vorhanden ist. Wir kritisieren besonders die Vorgehensweise bei Modell- und Prestigeobjekten der Landesregierung. Sie müssen es mir gestatten, hier Stellung zu beziehen, weil diese Politik Auswirkungen auf der kommunalen Ebene hat.

Das Land hat Geld für seine Prestigeprojekte, die dann als wirtschaftliche Rohrkrepiere versenkt werden.

Als erstes wäre der Nürburgring zu nennen. 300 Millionen Euro wurden in den Sand gesetzt.

Zweitens. Für den Straßenneubau wurden 400 Millionen ausgegeben.

weitere 400 Millionen und mehr für die Flughäfen im Land.

Mehr als eine Milliarde, die einfach so verpuffen.

Mit dieser Milliarde hätte die Finanzausstattung der Kommunen in Not behoben werden können. Hier hätte man nachhaltige Finanzpolitik betreiben können.

Eine Stärkung der Kommunen bedeutet mehr Impulse für mehr wirtschaftliche und soziale Aktivitäten. Das wären keine Rohrkrepiere geworden.

Es ist aber nicht nur die Landesregierung, die in der absoluten Mehrheit das Augenmaß der Verhältnismäßigkeit verloren hat. Wir kritisieren den Bund, dem bei der Förderalismusreform bis jetzt keine umfassende Gemeindefinanzreform gelungen ist. Zu Beginn des konjunkturellen Aufschwungs sprudelten teilweise die Einnahmen, die Finanz- und Wirtschaftskrise bringt uns jedoch einen weiteren politischen Stillstand. Angesichts der Steuerausfälle von 6 Millionen Euro im Landkreis bei gleichzeitig hohem Investitionsniveau wird es zu einem Kollaps kommen. Hier rächt es sich, dass CDU und SPD auf Bundesebene

das Problem nicht an der Wurzel anpackten und die Gemeindefinanzen auf eine neue Basis stellten.

Ich wiederhole noch einmal: Der Kreis kann sich nicht aus eigener Kraft aus der prekären Finanzsituation retten.

Und dennoch, was er tun kann, sollte er tun. Der Kreis ist mehr als eine Verwaltung. Er ist das Gesamtpotential seiner Bürgerinnen und Bürger. Diese sollten unserer Meinung nach den Haushalt stärker mitgestalten können als bisher. Wir sollten Schritte in Richtung eines Bürgerhaushaltes gehen, wie ihn andere Landkreise und Städte bereits umsetzen. Ein erster Schritt könnte sein, den Haushalt komplett mit Erläuterungen ins Netz zu stellen. Dort könnte ein Forum für Anregungen geschaffen werden. Warum sollten Bürger bei Baumaßnahmen, im Naturschutz nicht konstruktive Vorschläge machen können? → *Antrag wird gestellt*

~~Wenn die Kommunen wirklich die wichtigste Keimzelle der demokratischen Gesellschaft sein sollen, dann gilt es sie zu stärken und nicht auszubeuten.~~

Wie können wir handlungsfähig bleiben und die Glaubwürdigkeit bei den Bürgerinnen und Bürgern erhalten? Der Bürger will wissen, wo er dran ist, er will verlässliche Dienstleistungen. Hier können wir neue Strategien entwickeln und es gibt finanzierbare Angebote auf kommunaler Ebene. Den Bürgerhaushalt habe ich schon erwähnt.

Kommunaler Klimaschutz wäre ein weiteres Stichwort.

Inwieweit kommt der Kreis der Realisierung eines Green New Deal nach?

- Auf kreiseigenen Gebäuden sollten Fotovoltaikanlagen installiert werden, die langfristig für zusätzliche Einnahmen sorgen. Der Kreis hat viele Flächen, die er bereitstellen könnte. Finanzierungskonzepte gibt es. Andere Landkreise sind uns diesbezüglich schon voraus. Die Fördermöglichkeiten in Zusammenarbeit mit den Sparkassen und der Volksbank sollten thematisiert werden. Der gesamte Strombedarf des Landkreises könnte aus erneuerbarer Energie bestehen. Hier müssten die bestehenden Verträge mit der EWG neu geprüft werden.

Vor Jahren gab es regelrechten Widerstand gegen Windenergieanlagen in Rheinhessen, finanziell nicht rentabel, da zu wenig Wind, Belastung der Umwelt etc. Heute kommen bereits 50% des erneuerbaren Stromes in Rheinhessen aus umliegenden Windkraftanlagen.

- Die Zusammenarbeit mit der EDG war richtig, sie sollte sich aber nicht nur auf Blockheizkraftwerke beschränken.
- Außerdem fordern wir einen weiteren Ausbau und eine weitere Umsetzung des Konzeptes „Bioenergieregion Rheinhessen-Nahe“
- Wir stellen den Antrag, einer Anhörung der EDG im Kreistag.
- Welche Möglichkeiten von energieeffizienten Infrastrukturen sind im Landkreis umsetzbar?
- Gibt es die Möglichkeiten der Null-Emissionen in einer Bioenergieregion Rheinhessen?

Der Bürger will verlässliche Dienstleistungen, er will Vertrauen in die Verwaltung vor Ort.

- Wir fordern die Schaffung einer Energieberatung innerhalb der Kreisverwaltung. Zusammen mit der Verbraucherschutzzentrale kann informiert und sensibilisiert werden. Die Akzeptanz für Bioenergie wird gefestigt und die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger wird verbessert.

- Die Kreisverwaltung müsste mehr beraten, auf Fördermöglichkeiten hinweisen, könnte kostenlose Energiechecks für Familien mit niedrigem Einkommen anbieten.

Lassen Sie mich zusammenfassen, ein Green New Deal durch mehr Beratung, Aufklärung und Information sowohl mit privaten als auch öffentlichen Partnern. Durch Beratungsaktivitäten werden nicht nur Arbeitsplätze erhalten, sondern auch neue erschaffen. Nach dem Bürgerhaushalt, dem kommunalen Klimaschutz wäre da noch die Rekommunalisierung

Rekommunalisierung heißt verlässliche Dienstleistungen zu geringeren Kosten

Wir haben Vieles in der Vergangenheit privatisiert und aus den Händen gegeben. Dienstleistungen wurden privaten Firmen übertragen, die nicht schlecht auf Kosten der Bürger verdienen. Wir haben vor einiger Zeit einen Antrag zur Rekommunalisierung in der Abfallentsorgung gestellt und man hat uns abgewiesen. Inzwischen sind wir soweit, dass wir ernsthaft darüber nachdenken sollten.

Ich möchte mit einem Beispiel beginnen, wo uns Rekommunalisierung nicht nur viel Ärger erspart hätte, sondern auch Millionen von Euro.

Vor einigen Jahrzehnten hätte die Kreismülldeponie aufgekauft werden können. Die damaligen Kommunalpolitiker zögerten und glaubten, irgendwann ein noch besseres Geschäft zu machen oder sie hatten einfach Angst oder sie waren zu träge. Ein fataler Fehler, der uns schon hunderte von Millionen gekostet hat. Natürlich ist es vorbei. Damals fehlte der Mut zu sagen, jawohl wir kaufen die Deponie und bewirtschaften sie selbst.

Heute haben wir viel Ärger mit dem Ausschreibungsverfahren des Mülltransportes.

- Wie wäre es mit der Rekommunalisierung beim Mülltransport? Wir hätten keinen Ärger mehr bei den Ausschreibungen, man bräuchte sich nicht über vergessene Kündigung bei Verträgen zu ärgern, die Arbeitsplätze wären auf Jahrzehnte gesichert, wir bräuchten keine Anwaltskanzlei, die juristisch berät. Die Gewinne der Privaten kämen dem Abfallwirtschaftsbetrieb zu Gute, wir hätten keinen Ärger mehr mit bekannten Unternehmen.
- Die Gebühren könnten langfristig gesenkt werden. Der Bürger hätte Vertrauen in unsere Dienstleistungen.
- Wir wären auch flexibler beim Einsammeln von Wertstoffen wie Altmetall und Schrott. Den Bürger müsste bewusst gemacht werden, dass die Abgabe beim Kreis langfristig die Abfallgebühren stabilisiert oder auch senkt. Die Schrotthändler könnten als Zwischenhändler auftreten, aber die Haupteinnahme ginge an den Kreis und nicht in private Hände.

Lassen Sie mich zusammenfassen, wir fordern mehr Aktivitäten im Bereich des kommunalen Klimaschutzes und die Hinwendung zur Rekommunalisierung im Entsorgungsbereich. Dies geht nicht von heute auf morgen, aber es ist auch für uns umsetzbar.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmen dem Haushaltsplan und dem Abfallwirtschaftsplan 2010 zu, wir danken Ihnen und besonders der Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit und wünschen ein gesegnetes Weihnachtsfest.